

## Krisendienste – notwendiger denn je!

Hilfe bei Krisen außerhalb üblicher Dienstzeiten ist nach wie vor eine der wichtigsten ungelösten Fragen der psychosozialen Versorgung. Weitaus häufiger als nötig führt der Weg bei persönlichen Krisen und Notlagen nachts oder an Wochenenden und Feiertagen in die psychiatrische Klinik. Nicht selten eskaliert die Situation und es finden sogar Polizeieinsätze statt. Direkt ansprechbare Krisendienste sind in vielen Fällen in der Lage, dramatische Zuspitzungen zu verhindern und dadurch Klinikaufnahmen und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden.

Voraussetzungen dafür wären:

- Erreichbarkeit besteht mindestens abends, nachts, am Wochenende und an Feiertagen; noch besser: rund um die Uhr.
- Jeder Mensch bekommt Hilfe! Ohne Wartezeiten, ohne Klärung von Zuständigkeiten, unabhängig von Diagnosen.
- Kontaktaufnahme ist per Telefon oder über digitale Medien möglich, aber auch persönlich im Krisendienst und vor Ort beim Betroffenen selbst.
- Eine sinnvolle Ergänzung wäre eine Krisenwohnung als vorübergehende Rückzugs- und Entlastungsmöglichkeit.
- Alle Krisendienstmitarbeitenden verfügen über eine geeignete fachliche Qualifikation.
- Bei Bedarf können Fachärzt\*innen hinzugezogen werden
- Enge Zusammenarbeit mit Polizei, Fachkliniken, niedergelassenen Ärzten und psychosozialen Hilfen in der Region ist organisatorisch sichergestellt.

Der **Landesverband Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg e.V.**, der **Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V.** und der **Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V.** fordern den flächendeckenden Aufbau von Krisendiensten in Baden-Württemberg.

Die Notwendigkeit, Lösungen zu finden für eine landesweite Krisen- und Notfallversorgung, wird auch im Landespsychiatrieplan angesprochen. Trotz aller weitgehenden Einigkeit über die Notwendigkeit von Krisendiensten sind nur an wenigen Orten konkrete Angebote entstanden. Die Initiativen von Selbsthilfegruppen, Leistungserbringern und Kommunen haben allerdings zu recht unterschiedlichen Ergebnissen geführt.

Ohne dass das Land Verantwortung übernimmt, werden keine Verbesserungen für ganz Baden-Württemberg gelingen können. Wir fordern deshalb das Sozialministerium auf,

- durch klare fachliche Vorgaben die Entwicklung von kooperativen Lösungen auf der Ebene regionaler GPVs voranzubringen,
- Leistungsträger zur Entwicklung geeigneter neuer Budgetformen zu motivieren,
- und vor allem durch Bereitstellung eigener finanzieller Mittel einen Einstieg möglich zu machen.

**Landesverband Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg e.V.,  
Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V. und  
Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V.**